

## **Tocqueville, die Neocons und das amerikanische Imperium**

Enthält »Über die Demokratie in Amerika« ein Plädoyer für die gewaltsame Verbreitung der liberalen Gesellschaft?

Nach einer populären Ansicht gilt Alexis de Tocqueville in der politischen Ideengeschichte als Anwalt der USA, der den larmoyanten Europäern ihren Niedergang prophezeite. Der vorliegende Beitrag will dagegen zeigen, dass Tocqueville im Hinblick auf die globale Dominanz der amerikanischen Supermacht auf Seiten des »alten« Europa stünde. Angesichts der moralischen Bedeutung, die Tocqueville in der amerikanischen Öffentlichkeit zukommt, scheint eine Klärung seiner außenpolitischen Position von erheblichem Interesse. Dabei gilt es zu demonstrieren, dass die neokonservativen Autoren, die sich in ihrem Demokratieverständnis stets auf Tocqueville berufen haben, den elementaren Widerspruch vernachlässigen, den seine Einsichten zur Vorstellung eines regime change aufweisen. Pax Americana und Bush-Doktrin – hier verstanden als die Bereitschaft, Demokratie und Marktwirtschaft mit Hilfe militärischer Stärke durchzusetzen – können sich nicht auf die Thesen des französischen Aristokraten stützen.

### **1. Die Pax Americana**

Die Frage nach einer neuen Weltordnung wird heute vor allem im Zusammenhang mit der *Pax Americana*, dem globalen Gestaltungsanspruch der USA, diskutiert. In der historisch-politischen Debatte über die militärische, ökonomische und kulturelle Dominanz der Vereinigten Staaten taucht neben den Begriffen der Hegemonie oder des Unilateralismus verstärkt der Terminus des *American Empire* auf. Gemeint ist, dass spätestens seit dem Verschwinden der Sowjetunion von der Weltbühne die USA ihren Macht Einfluss über jeden nationalen oder regionalen Kontext ausgedehnt haben. Manche Autoren sprechen auch vom »neuen Rom« (Bender 2003), das zu Beginn des 21. Jahrhunderts den Fortgang der Geschichte bestimmt.<sup>1</sup> Den Übergang vom *Hegemon*, dessen Führungsanspruch auf der Gefolgschaft seiner Verbündeten basiert, zur *Imperialmacht*, die ihre Interessen unter Androhung oder Anwendung von Zwangsgewalt (und ggf. auch gegen die eigenen Partner durchsetzt),<sup>2</sup> assoziierte man vorrangig mit der Entwicklung seit dem 11. September 2001 (Ikenberry 2002; Jervis 2003; Rhodes 2003). Als spezifisches Charakteristikum des *Imperium*

1 Der Vergleich mit Rom wurde vor allem von Vertretern der Neuen Rechten in den USA forciert wie etwa Charles Krauthammer, Robert Kaplan oder Max Boot (vgl. Eakin 2002).

2 Zu diesem Unterschied siehe Mastanduno (2002), Masala (2004) sowie bereits Triepel (1938).

*Americanum* wurde indes identifiziert, dass es der Welt seinen Willen aufzwinge, ohne nach Art der historischen Vorbilder die Last direkter Administration und das Risiko täglicher Kontrolle zu tragen (Ignatieff 2003). Außerdem verknüpfte es seine Außenpolitik mit dem Bemühen um eine Verbreitung von Freiheit, Marktwirtschaft und Demokratie (Rühl 2005). Insofern vermag die Konjunktur der Rede vom *American Empire* zwar einerseits Orientierung zu bieten, indem es eine komplexe, vielfach verunsichernde Situation mit einem vertrauten Begriff beschreibt (vgl. Behrends 2006); andererseits ist nicht zu übersehen, dass Ansätze und Erklärungsmuster, die hinter dem amerikanischen Engagement in Afghanistan oder im Irak klassisch imperialistische Gelüste vermuten, zu kurz greifen. Eine wissenschaftlich seriöse Beurteilung der (unilateralen) Politik des *regime change*, die von neokonservativen Kreisen forciert wurde (vgl. Daalder/Lindsay 2003; Marshall 2003)<sup>3</sup> und die im Verbund mit dem Bekenntnis zu Internationalismus und Präemption die traditionellen Grundpfeiler konservativer Außenpolitik in den USA – Isolationismus, Abschreckung und Containment – ausgehebelt hat,<sup>4</sup> müsste entsprechend die Chancen für eine gewaltsame Verbreitung der liberalen Demokratie angemessen diskutieren.<sup>5</sup> Hier soll es aber zunächst nicht um die Erfolgswahrscheinlichkeit, sondern um die theoretische Rechtfertigung dieser Politik gehen. Dabei liegt es nahe, auf einen Denker zu rekurrieren, zu dem die *Neocons* seit jeher eine auffällige Affi-

- 
- 3 Welchen Einfluss neokonservative *Think Tanks* de facto auf die Außenpolitik der Bush-Administration ausgeübt haben, ist zwar umstritten (vgl. Müller 2003; Boot 2004), auffällig ist jedoch, dass die *Neocons* bereits eine Woche nach den Anschlägen auf das World Trade Center in einem offenen Brief an den Präsidenten den Kampf gegen den globalen Terrorismus mit einer Demokratisierung des Iraks verknüpften. Die Parallelitäten zwischen dem neokonservativen Gedankengebäude und der Außenpolitik Bushs sind insofern schwer von der Hand zu weisen (Halper/Clarke 2004: 4), was freilich auch damit zu tun haben dürfte, dass die beiden klassischen Denkschulen der Internationalen Beziehungen – Realismus und Idealismus/Liberalismus – selbst sechs Jahre nach 9/11 keine geschlossene Strategie zur Lösung der neuen weltpolitischen Herausforderungen vorlegen konnten.
- 4 Ausführlich zur Außenpolitik der *Neocons*, die sich sowohl gegen den *narrow realism* der Administration Bush sen. als auch gegen den *wishful liberalism* der Clinton-Ära richtet, siehe Kristol/Kagan (1996), Kaplan/Kristol (2003) und Fukuyama (2006). Zum Gegensatz zwischen Konservativen und Neokonservativen siehe Gold (2004).
- 5 Die aktuelle Forschung unterstreicht diesbezüglich die strategische Neuaustrichtung, die seit dem 11. September 2001 stattgefunden hat (vgl. Litwak 2007), betont jedoch ebenso das Maß an Kontinuität, das die Operationen in Afghanistan und im Irak mit der imperialen bzw. hegemonialen Außenpolitik vor und in der Ära des Kalten Krieges verbindet (vgl. Kinzer 2006). Die weiter oben angestellte Vermutung, dass der Kampf gegen den globalen Terrorismus zu einer neoimperialistischen Ausrichtung der USA geführt hat, wird dadurch indirekt bestätigt. Ob das Imperium bzw. die Doktrin des *regime change* tatsächlich als effiziente sicherheitspolitische Maßnahmen zu bewerten sind, ist freilich ebenso zu bezweifeln (vgl. Snyder 2003; Gause III 2005) wie die Möglichkeit, dass eine (freiheitliche) Demokratie militärisch zu erzwingen ist. Der von den *Neocons* im Vorfeld des Irakkrieges strapazierte Vergleich mit den Entwicklungen in Deutschland und Japan (Kaplan/Kristol 2003: 98; Frum/Perle 2003: 162f) erwies sich hier als bei weitem zu vordergründig, war doch die militärische Niederlage 1945 mit einem nahezu vollständigen moralischen Zusammenbruch, einer Art »Stunde Null« verbunden, welche die Etablierung der liberalen Demokratie (die zumindest in Deutschland überdies auf eine gewisse Tradition zurückblicken konnte) wesentlich begünstigte.

nität bekunden: Alexis de Tocqueville. Dieser hatte auf den letzten Seiten seines Werkes *Über die Demokratie in Amerika* (1835) die globale Vormachtstellung der Neuen Welt vorausgesagt, was ihn insbesondere im Zusammenhang mit der Debatte über das *US-Empire* zu einer interessanten ideengeschichtlichen Referenz macht. Mit welchem Recht berufen sich also die Neokonservativen in den USA auf Tocqueville? Meines Erachtens sind die außenpolitischen Implikationen von Tocquevilles Theorien inkommensurabel mit der Vorstellung der militärischen Exportierbarkeit einer liberalen Demokratie. Dieser Befund ist nicht zuletzt aufgrund des legitimatorischen Gehalts seiner Einsichten, den US-Politiker traditionell für sich in Anspruch nehmen, mehr als eine akademische Spitzfindigkeit – stattdessen zeigt er, dass eine der geschliffensten Waffen, derer sich neokonservative Rhetorik bedient, zumindest zweischneidig ist.

## *2. Die Neocons und die »Demokratie in Amerika«*

Wenn sich ein Grundmuster in der amerikanischen Rezeptionsgeschichte Tocquevilles ausfindig machen lässt, dann ist es die ahistorische Verwendung seines Hauptwerks über die Demokratie. Diese ist so verbreitet, dass manche Autoren sich bereits damit profilieren wollen, indem sie explizit auf die Grenzen der Aussagekraft Tocquevillescher Analysen für die Gegenwart verweisen (vgl. Smith 1993; Stevens 1995). Nach verbreiteter Ansicht ist die *Democracy in America* der »einzig« Klassiker der Politischen Theorie, den die USA neben den *Federalist Papers* hervorgebracht haben (Wolin 2001: 3). Es überrascht daher nicht, wenn die Berufung auf Tocqueville jenseits aller parteilichen Grenzen zum guten Ton zählt, wodurch er in der öffentlichen Diskussion zu einer nahezu allgegenwärtigen Figur geworden ist. Das Gewicht seiner Stimme röhrt vor allem von dem Umstand her, dass er allgemein als *objektiver* Beobachter empfunden wird, dessen kritisch-positive Schildierung der nordamerikanischen Demokratie (zu einer Zeit, als die meisten Europäer den *yankees* mit Überheblichkeit und kaum verhohlener Verachtung begegneten) dem Selbstbewusstsein der Vereinigten Staaten nach außen hin Berechtigung verlieh. Damals (Amos 1995: 176-180) wie heute (Welch 2001: 219) beziehen die USA ein wichtiges Ferment ihrer Identität aus den Urteilen Tocquevilles. Aufsehen erregende Studien wie etwa Robert Bellahs *Habits of the Heart* (1985) oder Robert Putnams *Bowling Alone* (2000) spielen bereits im Titel auf die Terminologie der *Democracy in America* an und verstehen sich »explizit und implizit« als »detaillierte Rezeption und Kommentierung« von Tocquevilles These, eine funktionierende Demokratie hänge stets vom bürgerlichen Engagement und dem Sozialkapital der Gesellschaft ab (Bellah 1987: 349).<sup>6</sup> Amerikanische Intellektuelle verschiedenster Richtungen können sich mit den Ideen Tocquevilles identifizieren, was die Herausgeber des Sonderhefts des *Journal of Democracy*, das 2000 erschien, zur Wahl eines

6 Theda Skocpol (1997: 455f) identifizierte daher die Frage des *civic engagement* als *Tocqueville Problem*.

geradezu euphorischen Epigraphs motivierte: *We are all Tocquevilleans now!* Doch nicht nur innerhalb der *scientific community*, auch in der übrigen Bevölkerung erfreut sich der französische Aristokrat einer bisweilen kaum zu erklärenden Wertschätzung.<sup>7</sup>

Tocquevilles Bedeutung für die *Neocons* ist gleichwohl ein Phänomen der besonderen Art. Ihnen geht es weniger darum, die *Demokratie in Amerika* zur Selbstvergewisserung der Vereinigten Staaten heranzuziehen und sie im politischen Alltag in recht profaner Weise als Zitatenschatz auszuschlachten (Clark 2004: 156). Ihr publizistisches Sprachrohr, der *Weekly Standard*, fällt vielmehr damit auf, die Instrumentalisierungen und Verfälschungen, denen Tocquevilles Gedanken seit langem ausgesetzt sind (Kloppenberg 1998: 71-81), schonungslos aufzudecken. So erwies sich etwa das Zitat einer längeren Passage, die in dem Schluss mündet »America is great, because America is good«, als fiktive patriotische Eloge, die Politiker wie Pat Buchanan, Bill Clinton oder Jesse Helms dem Autor der *Demokratie in Amerika* in den Mund legten (Pitney 1995). Demgegenüber stehen zahlreiche Versuche von neokonservativen Autoren, Tocquevilles Relevanz für aktuelle Diskurse adäquat zu überprüfen, so etwa im Zusammenhang mit der amerikanischen Leidenschaft für das Internet (Gerson 1999), seinem konventionellen Frauenbild (W. Kristol 1991)<sup>8</sup> oder der Problematik des Wohlfahrtsstaates (I. Kristol 1995: 43-45).<sup>9</sup> Der frühere Sprecher des Repräsentantenhauses Newt Gingrich wollte die Reputation Tocquevilles sogar für eine dezidierte politische Programmatik gegen die Regierung Clinton nutzen (vgl. Barone 1995). Die Stichhaltigkeit solchen Vorgehens wird dabei meist mit dem Argument begründet, dass der amerikanische »Charakter«, den Tocqueville so trefflich zu beschreiben wusste, sich in den letzten 200 Jahren kaum verändert habe (Leedeon 2001a: 11). Sein Werk hätte damit nicht weniger als die zeitlose Essenz des *American Character* in Worte gefasst.

*Neocons* sollten also eher nicht im Verdacht stehen, sich der rituellen Tocqueville-Verehrung anzuschließen, ohne seine Werke wirklich gelesen zu haben.<sup>10</sup> Stattdessen haben Harvey Mansfield und Delba Winthrop eine sprachlich ebenso präzise wie gewandte Neuübersetzung der *Democracy* vorgelegt, deren Güte in erster Linie

- 7 Der Stellenwert, den Tocqueville in den USA weit über ein akademisches Publikum hinaus besitzt, wird durch eine Anekdote veranschaulicht, die Bernard-Henri Lévy im Mai 2005 im Rahmen seiner mehrteiligen Titelgeschichte *In the Footsteps of Tocqueville* in der *Atlantic Monthly* mitteilte: Ein gestrenger Polizist, der den Amerikareisenden Lévy barsch des »loitering with intent« bezichtigt, verwandelt sich in einen Ausbund an Freundlichkeit, als er erfährt, dass der Franzose seinem Landsmann Tocqueville nacheift und ein Buch über die amerikanische Gesellschaft schreibt. Statt weiterhin auf einer Bestrafung zu beharren, wollte der Gesetzeshüter nun lieber über die Aktualität von Tocquevilles Theorien diskutieren (Lévy 2005).
- 8 William Kristol ist der Gründer und Herausgeber des *Weekly Standard* sowie der Sohn eines der bedeutendsten Vordenker der *Neocons*, Irving Kristol.
- 9 Schon die Ikone der *Neocons*, Ronald Reagan, hatte sich diesbezüglich auf Tocqueville berufen (vgl. Zuckert 1983: 421f).
- 10 Zur besonderen Beziehung, die sich zwischen Tocqueville und den *Neocons* entsponnen hat, siehe auch Bernard-Henri Lévys Reisebericht *American Vertigo: Traveling America in the Footsteps of Tocqueville* (2006).

darin zu sehen ist, dass sie die angebliche Lobeshymne Tocquevilles auf die Vereinigten Staaten deutlicher relativiert als die früheren Übersetzungen. Wenn daher die *Neocons* in Tocquevilles Werk bevorzugt das beste Buch erkennen, das jemals über die Politik, die Demokratie und Amerika geschrieben wurde (W. Kristol 2001; Mansfield/Winthrop 2002: xvii), dann nicht nur wegen des Lobes, sondern nicht zuletzt wegen der Kritik, die Tocqueville an der amerikanischen Gründung übte. Die *Demokratie in Amerika* avanciert dadurch zu einer Folie, anhand derer die heutige amerikanische Gesellschaft gemessen wird. Orientierung finden die *Neocons* vor allem in der pejorativen Schilderung eines überbordenden Selbstinteresses, das die Verantwortung für das Gemeinwesen untergräbt und das mit Hilfe von Patriotismus, Religiosität sowie den Kräften der Selbstregulierung zu zügeln ist (I. Kristol 1983: 76, 161, 1995: 219, 282, 322; Novak 1996: 129, 143; Wolfson 2004: 224).<sup>11</sup> Überdies wird das Werk als Manifest für die moralische und politische Größe der Vereinigten Staaten angesehen, die es zu reanimieren gelte (Brooks 1997).

Tocqueville bedeutet folgerichtig für die neokonservativen Zirkel eine maßgebliche Instanz, von der sie wesentliche Chiffren ihres Demokratieverständnisses und insbesondere ihren Auftrag, die Demokratie zu *erziehen*, ableiten (vgl. Epstein 2006). »Generally speaking, traditionalists look to Edmund Burke, libertarians to Friedrich Hayek, and neocons to Alexis de Tocqueville« (Wolfson 2004: 216). Das ungebrochene Vertrauen in die »intellektuelle Autorität« und »demokratische Weisheit« des französischen Aristokraten (I. Kristol 2004: 35) lässt dabei vermuten, dass sich auch das außenpolitische Programm der *Neocons* auf die *Demokratie in Amerika* stützen kann oder sich zumindest nicht im Widerspruch zu ihr befindet. Tatsächlich untermauern mehrere Belege Tocquevilles Relevanz für die neokonservative Perspektive auf die internationale Politik. Erst vor kurzem wies etwa Francis Fukuyama darauf hin, dass Tocqueville wesentlich dazu beigetragen habe, die Tradition des außenpolitischen Isolationismus innerhalb der republikanischen Partei zu erschüttern, indem er einerseits über die Politikverdrossenheit der demokratischen Bürger klagte und auf der anderen Seite die weltpolitische Rolle und *national greatness* der USA hervorhob (Fukuyama 2006: 42f). Zuvor schon hatte Michael Ledeen vom *American Enterprise Institute* unter Berufung auf Tocqueville die Außenpolitik als traditionelle Achillesferse der Konservativen in den USA gebrandmarkt und dabei auf Tocquevilles Argument zurückgegriffen, die modernen Massendemokratien hätten zwar enorme militärische Kapazitäten zur Verfügung, könnten sich aber aufgrund ihrer Friedensliebe und der Dominanz des Privaten schwer dazu entschließen, diese zugunsten der Größe und der Sicherheit der Nation einzusetzen. Im Kampf gegen die Islamisten sei jedoch derselbe heroische Patriotismus gefragt, den Tocqueville einstmais beschwore und der zum Sieg über Nazideutschland, Japan oder die Sowjetunion geführt habe (Ledeen 2001b).<sup>12</sup> Und auch die bekannten

11 Die bisweilen überraschend kapitalismuskritische Attitüde der *Neocons* mag mit der trotzkistischen Vergangenheit von Denkern wie Irving Kristol, Nathan Glazer oder Albert Wohlstetter zusammenhängen.

12 Ledeen zählt zudem zu den nachdrücklichsten Befürwortern einer Ausdehnung der Politik des *regime change* auf den Iran (vgl. Ledeen 2005).

Architekten des Irakkrieges, David Frum und Richard Perle, Paul Wolfowitz oder Lawrence F. Kaplan nahmen Tocqueville in Anspruch, um die gewaltsame Verbreitung der Demokratie als bestmögliche Wahrung der sicherheitspolitischen Interessen der USA im Kampf gegen Terror und Proliferation zu legitimieren.<sup>13</sup> Es muss daher zunächst verwundern, wenn der Autor der *Demokratie in Amerika* in den programmatisch wichtigsten Schriften der Neocons zum *regime change* – in William Kristols und Robert Kagans Aufsatz *Toward a Neo-Reaganite Foreign Policy* (1996), Kagans Buch *Of Paradise and Power* (2003), Lawrence F. Kaplans und William Kristols Monographie *The War Over Iraq* (2003) sowie Charles Krauthammers *Democratic Realism* (2004) – keine Erwähnung findet. Eine plausible Erklärung für diesen Umstand könnte zwar sein, dass Tocqueville für die Neocons vor allem als Innenpolitiker, nicht als Außenpolitiker von Interesse ist. Diese Lesart vernachlässigt jedoch, dass er sich als aktiver Politiker vornehmlich mit den internationalen Beziehungen befasste, wodurch er zeitweilig sogar zum Außenminister der Zweiten Republik aufstieg (vgl. Watkins 2003). Darüber hinaus bliebe bei einer strikten Ausklammerung der außenpolitischen Implikationen von Tocquevilles Demokratietheorie vollkommen unverständlich, was neokonservative Autoren zu Artikeln wie *What Tocqueville Can Contribute to the Discussion of the Iraq War* (Epstein 2005)<sup>14</sup> oder *Tocqueville and American Foreign Policy: Its Relevance to Israel* (Eidelberg/Morrisey 2006) motiviert. Der Grund, weshalb es an Rekursen auf die *Demokratie in Amerika* mangelt, die im Sinne einer Rechtfertigung des *American Empire* und seiner Politik des *regime change* unternommen werden, ist also offenbar woanders zu suchen.

### 3. *Tocqueville und das amerikanische Imperium*

Nach Irving Kristol (2004: 36) existieren im Bereich der Außenpolitik fünf Standpunkte, die Neocons jenseits aller Differenzen miteinander teilen:

- die Förderung des Patriotismus;
- die Ablehnung des *world government*, der Vereinten Nationen sowie des Völkerrechts;
- die Anforderung an den Außenpolitiker, im Sinne Carl Schmitts zwischen Freunden und Feinden unterscheiden zu können;

13 Diese Rekurse erfolgten allerdings mit relativ unterschiedlichen Zielsetzungen: Während Frum/Perle (2003: 175) Tocquevilles Thesen dazu nutzten, die USA als »Befreier« des Irak zu stilisieren, schloss Wolfowitz von den Einsichten des französischen Aristokraten auf die prinzipielle Möglichkeit, eine säkularisierte Demokratie nach westlichem Vorbild am Euphrat aufzubauen (vgl. Ignatius 2003; F. Kaplan 2005). Lawrence Kaplans (2005) Anspielungen auf Putnam und Tocqueville bemühten sich hingegen, einen Nexus zwischen den Ressourcen amerikanischen Sozialkapitals und dem möglichen Sieg über den globalen Terrorismus herzustellen.

14 Hierin versucht der Autor – mit ähnlichen Argumenten wie Ledeon (2001b) – die wachsende Skepsis der amerikanischen Bevölkerung gegenüber dem Irakeinsatz auf Basis Tocquevillescher Prämissen zu analysieren.

- die Überzeugung, dass sich das nationale Interesse der USA nicht (allein) geographisch bestimmen lasse;
- die Pflicht, zur Verteidigung der Demokratie die militärische Überlegenheit der Vereinigten Staaten auszunützen, was nicht nur den Eintritt in den II. Weltkrieg sowie die bedingungslose Unterstützung Israels impliziere, sondern auch die Strategie im Kampf gegen den Terrorismus bestimme.<sup>15</sup>

Im Ganzen laufen diese fünf Bausteine neokonservativer Außenpolitik auf eine Idealisierung der *Pax Americana* vor dem Hintergrund extremer Bedrohungsperspektiven hinaus, welche in gewisser Weise den Zustand des Kalten Krieges perpetuierten (vgl. Judis 1995). Diese grundsätzliche Haltung zeigte sich bereits in den frühen wegweisenden Schriften von *Neocons* wie Daniel Moynihan oder Jeane Kirkpatrick, die auf die Gefahr eines neototalitären Antiamerikanismus jenseits der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion aufmerksam machten. Hatte der zeitweilige US-Botschafter bei den Vereinten Nationen Moynihan vor allem die Organisation der blockfreien Staaten im Visier, deren antiimperialistische und antizionistische Parolen nur ihre Demokratiefeindlichkeit kaschierten<sup>16</sup> und denen mit den vorherrschenden »patterns of appeasement« (Moynihan 1975: 43) nicht beizukommen sei, bezog sich Kirkpatrick auf die konkrete Gefahr einer totalitären Fortschreibung autoritärer Regime, wie sie sie am Beispiel Irans oder Nicaraguas verifiziert sah (Kirkpatrick 1982: 5-29). Mit ihrem Plädoyer für die offensive Durchsetzung der eigenen Überzeugungen und der Absage an ein Arrangement mit Diktatoren (Moynihan 1978) betrieben Moynihan und Kirkpatrick nicht nur jene »Reideologisierung« der US-Außenpolitik (Volkert 2006: 75), die nach dem amerikanischen Vietnamtrauma (und unter Federführung von Kissingers Realismus) unter Druck geraten war; sie antizipierten gleichzeitig das neokonservative Bekenntnis zum *American Empire*, das seine bedrohte Existenz am besten durch die Verbreitung der Demokratie sichere. Neue Impulse erhielten die *Neocons* dabei durch die Verknüpfung des nationalen Interesses der USA mit der globalen Sicherung der Menschenrechte (Muravchik 1994) sowie die Debatte über Samuel Huntingtons These vom *Clash of Civilizations*, welche die von Fukuyama in Aussicht gestellte demokratische Weltordnung in weite Ferne verwies. In gewisser Weise befindet sich die neokonservative Sichtweise allerdings exakt an der Schnittstelle von Huntington und Fukuyama, stellt sie sich doch dem Problem, dass sich eine vom amerikanischen Imperium forcierte *global democracy* gegen den Widerstand »feindlicher« Kulturen durchsetzen müsste (vgl. Gerson 1996; Hellenbroich 2004). Gleichzeitig offenbart sich an dieser Stelle die Uneinigkeit zwischen den *Neocons* darüber, inwieweit der Kampf gegen den globalisierten Terrorismus bzw. den islamistischen Fundamentalismus tatsächlich eine mit ökonomischen, politischen, diplomatischen und militärischen Mitteln voranzutreibende *weltweite Demokratisierung* verlange (Podhoretz 2004) oder ob sich

15 Zur Genese der außenpolitischen Position der *Neocons* siehe Ehrman (1995) und Volkert (2006).

16 Diese Argumentation entwickelte Moynihan vor allem in seiner Rede zur »Zionismus-Rassismus«-Resolution der UN-Vollversammlung vom November 1975 (Moynihan 1976: 42; 1996).

die offensive Politik des *regime change* nicht auf ausgewählte Beispiele zu beschränken habe (Krauthammer 2004).<sup>17</sup> Weiterhin scheint bei den *Neocons* eine (infolge des Irakkrieges verstärkte) Unschlüssigkeit darüber zu bestehen, ob es nun ein *benevolent empire* (Kagan 1998; Boot 2003) sein solle, das seine Demokratisierungspolitik ggf. unilateral vorantreibt (Krauthammer 1991), oder nicht doch ein »wohlwollender Hegemon« (Kristol/Kagan 2004), der sich in Selbstbeschränkung übt (Cohen 2004) und seine Interessen multilateral absichert (Hutchings 2004: 72f). Der Schlüsseltext der *Neocons* im Bereich der internationalen Beziehungen – Thukydides' Schilderung des Peloponnesischen Krieges (I. Kristol 2004: 36) – lässt hier jedenfalls vermuten, dass sie die Gefahren einer imperialen Stellung genauestens reflektieren und zumindest in ihrer Rhetorik darauf Rücksicht nehmen.

An Tocquevilles außenpolitischen Einsichten fällt in diesem Kontext zunächst auf, dass sie gut zu der veranschlagten Kontinuität der Paradigmen des Kalten Krieges zu passen scheinen. Bekanntermaßen ging er von der künftigen Bipolarität zwischen den USA und Russland aus, und selbst wenn diese Prognose seinerzeit in der französischen Julimonarchie recht verbreitet war (Rémond 1962: 387-388, Fn. 19), bleibt sie doch untrennbar mit seinem Namen verbunden. Eine genaue Lektüre der einschlägigen Passage in der *Demokratie in Amerika*<sup>18</sup> belegt zudem, dass sich Tocquevilles Chiffre keineswegs auf einen Antagonismus zwischen zwei Supermächten reduzieren lässt, sondern ebenso als *Metapher* für die beiden gegensätzlichen *innenpolitischen* Optionen dient, die sich für die modernen Demokratien ergeben: Freiheit oder Despotismus. In gewisser Weise wird daher die These von der *Vorsehung* der Demokratie (Tocqueville 1987a: 14-16), die der Hegel-Schüler Fukuyama in ein demokratisch-marktwirtschaftliches, jedoch gleichsam in der Dekadenz erstarrendes *Ende der Geschichte* umdeutete, erst in höchstem Maße relevant, *nachdem* der Systemgegensatz zwischen den NATO-Staaten und den Mitgliedern des Warschauer Paktes zu einer Fußnote der Geschichte geworden ist.<sup>19</sup> Mit Recht können die *Neocons* für sich reklamieren, dass die von Seiten der Realisten angestrebte Verabschiedung Tocquevilles im Hinblick auf das Verständnis der internationalen Bezie-

17 In seinem Buch *After The Neocons* (2006) hat sich Fukuyama mittlerweile ganz von den Plänen zur gewaltsamen Demokratisierung widerständiger Regionen losgesagt, die er zuvor unterstützt hatte. Der Unterschied zwischen seinem »realistischen Wilsonianismus« und einem klassisch liberalen Internationalismus bleibt indes unklar.

18 »Es gibt heute auf Erden zwei große Völker, die, von verschiedenen Punkten ausgegangen, dem gleichen Ziel zuzustreben scheinen: die Russen und die Angloamerikaner. Beide sind [...] plötzlich in die vorderste Reihe der Nationen getreten [...]. Alle anderen Völker scheinen die Grenzen ungefähr erreicht zu haben [...], sie aber wachsen. [...] Dem einen [Amerika] ist Hauptmittel des Wirkens die Freiheit, dem anderen [Russland] die Knechtschaft. Ihr Ausgangspunkt ist verschieden, ihre Wege sind ungleich; dennoch scheint jeder von ihnen nach einem geheimen Plan der Vorsehung berufen, eines Tages die Geschicke der halben Welt in seiner Hand zu halten« (Tocqueville 1987a: 613f).

19 Fukuyamas Prognose eines ebenso friedlichen wie unheroischen demokratischen Zeitalters schenkte Tocquevilles Werk zunächst nicht die gebührende Aufmerksamkeit, die prägnanten Parallelen zwischen beiden Ansätzen sind jedoch keineswegs verborgen geblieben (vgl. Nodia 2000: 164f) und wurden in der Zwischenzeit auch von Fukuyama selbst (2000: 11f) bestätigt.

hungen etwas vorschnell war.<sup>20</sup> Insofern sich die Demokratie westlicher Prägung heute als weltweit konkurrenzlose Verfassungs- und Gesellschaftsform präsentiert, der Optimismus der 90er Jahre aber gleichwohl einem erheblichen Maß an Ernüchterung gewichen ist, vermag uns Tocqueville heute daran zu erinnern, dass die »Knechtschaft« der Zukunft weniger in der harschen Herausforderung durch den Kommunismus bestehen könnte als im Erkaufen von Wohlstand und Stabilität durch den Verlust der politischen Freiheit. Einen *sanften* Despotismus hat der Autor der *Démocratie en Amérique* vorhergesehen, der sich darauf stützt, dass die Bürger in ihrem Sicherheitsbedürfnis auf die Stärke des Staates und eine alles überbordende Bürokratie setzen anstatt auf Selbstregulierung und persönliches soziales Engagement. In Amerika fand der junge Tocqueville dabei eine Orientierung, wie Freiheit und Bürgersinn mit den Unsicherheiten sozialer Dynamik bzw. den sicherheitspolitischen Interessen des Staates vereinbar seien,<sup>21</sup> im Laufe seines Lebens glaubte er zunehmend, England sei in dieser Hinsicht auf dem besten Weg.<sup>22</sup> In Russland oder auch in Frankreich sah er hingegen die despatischen Potenziale der Moderne am Werk, konnte er hier doch anders als im angloamerikanischen Raum keine freiheitliche Kultur entdecken.

Die Befürworter einer imperialen bzw. hegemonialen Rolle der Vereinigten Staaten haben diese »Anglophilie« Tocquevilles seit jeher bereitwillig aufgegriffen. In der Zeit des Kalten Krieges waren es in erster Linie die Mitglieder der liberal-konservativen *Consensus School*, die sich auf den französischen Beobachter beriefen, als es darum ging, die Eigenständigkeit der amerikanischen Gründung zu demonstrieren und aus diesem *Exzptionalismus* gleichzeitig den Führungsanspruch der USA abzuleiten.<sup>23</sup> Heute sind es die *Neocons*, die in der Nachfolge der *Consensus*

- 
- 20 Richard Nixon drückte dies – stellvertretend für viele – mit den Worten aus: »With the fall of the Soviet Union history apparently advanced beyond Tocqueville's prescience« (Nixon 1992: 111). Siehe auch Joffe (2006: 9).
- 21 Dem Beispiel Montesquieu folgend, deduzierte Tocqueville jene mögliche Konvergenz zwischen Freiheit und Sicherheit vor allem aus der bundesstaatlichen Verfassung der Vereinigten Staaten, welche er als idealen Kompromiss zwischen einer *großen* und einer *kleinen* Nation pries. Während die »Größe« der amerikanischen Union außenpolitische Stärke und Souveränität garantie, verbürgte die dezentrale Organisation im Inneren die Freiheit einer »kleinen« Republik (Tocqueville 1987a: 235-238).
- 22 Zu Tocquevilles komplexem Verhältnis zu England siehe nach wie vor Drescher (1964).
- 23 Die Assoziation Tocquevilles mit der heilsgeschichtlichen Rolle der USA geht offenbar auf Catherine E. Beecher (1842: 26-28) zurück, die sich in dieser Hinsicht auf die Gleichsetzung von christlichen und demokratischen Werten stützte, welche sie aus der *Demokratie in Amerika* herausdestillierte. Die *Consensus School* formulierte später den amerikanischen Exzptionalismus in direkter Bezugnahme auf die Tradition Tocquevilles an exponierter Stelle auf den ersten Seiten der in diesem Zusammenhang wichtigsten Werke (Commager 1952: 3; Hartz 1991: 5; Lipset 1996: 13). Dabei wurde vor allem betont, dass Tocquevilles Werk den Exzptionalismus des amerikanischen »Nationalcharakters« als *außeramerikanisches* Phänomen (und nicht etwa als Selbstbeschreibung der USA) beweise (Commager 1952: 27, 163; Lipset 1996: 17f, 23; Hartz 1991: 31), indem es die Differenzen zwischen dem demokratischen, religiösen und homogenen Amerika und dem revolutionären bzw. säkularisierten Europa unterstreiche (Lipset 1996: 60-62, 81, 154; Hartz 1991: 11, 35f, 52, 56, 66, 89, 103, 127, 142, 146, 206f). Zur Identifikation des Tocquevilleschen Werkes als Ursprung der Exzptionalismusthese siehe z. B. Fox/Kloppenberg (1995: 22f), Shafer (1999) sowie Clark (2004: 162).

*School* die historische Mission Amerikas nicht zuletzt aus dem Umstand ableiten, dass Tocqueville in den Vereinigten Staaten das Land der Freiheit fand. Tatsächlich scheint es auf den ersten Blick nicht abwegig, dass der französische Liberale die Segnungen der *Pax Americana* womöglich begrüßt hätte, noch dazu, da seine Werke und seine Korrespondenz eine imperialistische Perspektive verraten, die auf dem Glauben an die Überlegenheit der westlichen Welt basiert. Zwei gravierende Argumente sprechen jedoch dagegen, dass Tocqueville die Stichworte für ein amerikanisches Imperium geliefert haben soll: zum einen seine ambivalente Position gegenüber der amerikanischen Demokratie (1), und zum anderen seine Überzeugung hinsichtlich der Notwendigkeit einer innen- und außenpolitischen Machtbalance (2).

(1) In Amerika fand Tocqueville eine Gesellschaft vor, die von den konfliktreichen Entstehungsbedingungen der modernen Demokratie in Europa abgeschnitten blieb. Weil keine herkömmlichen Strukturen den Blick auf das Wesen der Demokratie verstellten, glaubte er, von seinem Studium Amerikas unmittelbar auf die Vorteile und Nachteile der neuen Gesellschaftsordnung<sup>24</sup> schließen zu können.<sup>25</sup> Die zwiespältige Haltung, mit welcher der Aristokrat Tocqueville die Demokratie beschreibt, reflektiert gleichzeitig die kritische Distanz, die er ihrem Prototyp – der amerikanischen Gesellschaft – gegenüber behält. Einige der prekärsten Tendenzen der demokratischen Gleichheit, die geistige Unfreiheit durch das Diktat der öffentlichen Meinung, die materielle Habgier, die religiöse Heuchelei und vor allem die kulturelle Mediokrität, sind nicht zufällig Phänomene, die er auf seiner Reise durch die Vereinigten Staaten beobachtete. Das idealisierte Selbstporträt, das viele Amerikaner aus der *Demokratie in Amerika* herauslesen wollen und anhand dessen sie nicht zuletzt das Sendungsbewusstsein der amerikanischen Nation rechtfertigen, wird durch den Text nicht gestützt. Entsprechend harsch kritisierte der Amerikanist James Kloppenberg, dass das fortwährende Interesse, welches Tocqueville in der amerikanischen Öffentlichkeit erfährt, auf Gründen beruht, »that owe more to Americans' irresistible urge to simplify Tocqueville's ideas than to a willingness to acknowledge his ambivalence or to keep in focus the multiple dimensions of his complex analysis of American democracy« (Kloppenberg 1998: 81).<sup>26</sup> Eine solche unzulässige Verkürzung Tocquevilles wollen die Neocons zwar vermeiden, doch ignorieren zumindest diejenigen unter ihnen, die sich in der Vergangenheit für eine imperiale Politik der USA ausgesprochen haben, dass sie als »followers of Tocqueville« und intime Kenner der Schattenseiten des amerikanischen Nationalcharakters eigentlich von keinem *Empire* träumen dürften (Wolfson 2004: 228).

- 
- 24 Dass Tocqueville die Demokratie weniger als Herrschaftstechnik oder Verfassungsform, sondern als Gesellschaft interpretierte, in der die Gleichheit der Bedingungen herrscht, ermöglichte es ihm, sein Modell vom Anachronismus der antiken Volksherrschaft zu abstrahieren.
- 25 Ausführlich hierzu Drescher (1988: 77-93). Die mangelnde Trennung zwischen Aussagen zur amerikanischen Gesellschaft und generalisierenden Urteilen über die Demokratie wurde häufig kritisiert. Tocquevilles Mentor Royer-Collard warf ihm diesbezüglich willkürliche Schlussfolgerungen vor (Tocqueville 1970: 93). Zu den methodischen Mängeln des Amerikabuches siehe bereits Bryce (1887).
- 26 Weiterführend verweise ich auf den scharfsinnigen Beitrag von Edward Pessen (1982).

(2) Als Schüler Montesquieus,<sup>27</sup> für den das Recht und die Freiheit nur gewährleistet sind, wenn sich die politischen Kräfte gegenseitig in Schach halten (*Le pouvoir arrête le pouvoir*), diskutiert Tocqueville Macht primär unter dem Aspekt ihrer Beschränkung. Die wachsende Macht des modernen Verwaltungsstaates, der die intermediären Instanzen zerschlägt und alle Bürger nach einheitlichen, abstrakten Normen lenkt, sieht er mit großer Sorge. Ständig ist er daher auf der Suche nach Gegengewichten zur staatlichen Zentralgewalt. In dieser Beziehung sind es die politischen Vereine, die Institutionen der lokalen und regionalen Selbstverwaltung, das zweistufige Wahlrecht, die Presse, die Bastion der Justiz und schließlich die Autorität von Kirche und Religion, die den direkten Zugriff des Staates auf die weitgehend atomisierten Individuen limitieren. In Tocquevilles Werk sucht man vergeblich nach Belegen, die diese grundsätzliche Forderung nach einem Machtgleichgewicht für den Bereich der Außenpolitik negieren. Als Außenpolitiker der Julimonarchie bzw. der Zweiten Republik strebt er danach, Frankreich im Konzert der Mächte zu etablieren. Sein Hauptziel während der Orientkrise ist es, einer Vormachtstellung Englands – ggf. mit militärischen Mitteln – entgegenzuwirken, in den unruhigen Jahren nach der 1848er Revolution setzt er hingegen ganz auf außenpolitische Stabilität. Unabhängig von den positiven Implikationen seiner Schilderung der amerikanischen Demokratie hätte daher eine globale Hegemonie der Vereinigten Staaten nicht nur gegen Tocquevilles patriotische Grundgesinnung, sondern auch gegen seine politiktheoretischen Prinzipien verstößen. Diesen zufolge müsste eine Supermacht, die in ihren unilateralen Entscheidungen auf keinen Widerstand, auf keine *checks and balances* trifft, trotz ihrer möglicherweise freiheitlichen Grundausrichtung zur Gefahr für die Freiheit mutieren. Damit befindet sich Tocqueville in unmittelbarer Nähe zu Kant, dessen Friedensschrift die Vision eines republikanischen Weltstaates mit einer Art der Friedhofsrufe assoziiert. Im Theorienstreit der Internationalen Beziehungen aber stünde der französische Liberale heute ebenso auf Seiten der Realisten, die gemäß dem klassischen *balance of power*-Modell den Verlust der amerikanischen Vormachtstellung prophezeien<sup>28</sup> und stattdessen ein Konzept rivalisierender Großmächte favorisieren, das zur Aufrechterhaltung einer Ordnung des globalen Systems verpflichtet. Tocquevilles Position zwischen dem Liberalismus Kants und der Schule des Realismus mag zwar einerseits befremden, doch verweisen mittlerweile auch die Realisten auf einen Zusammenhang zwischen Innen- und Außenpolitik, wenn sie neben den untragbaren Kosten des *Empire* verstärkt die damit verbundenen Gefahren für die Demokratie innerhalb der USA beschwören (Masala 2004: 64). In Montesquieus und Tocquevilles Diktion würde ein derartiges Imperium die

27 Zum nachhaltigen Einfluss Montesquieus auf Tocqueville siehe vor allem Aron (1971).

28 Bekannt geworden ist diesbezüglich die Formel Paul Kennedys, der den generellen Verfall von Imperien sowie die mittel- und langfristige Herrschaft einer bipolaren oder multipolaren Weltordnung auf den Begriff des »imperial overstretch« brachte. Gemeint ist, dass ein Imperium gezwungenermaßen zur Überdimensionierung des Militärischen neigt und damit die ökonomischen Grundlagen der eigenen Machtposition untergräbt (Kennedy 1987). Ähnlicher Argumentationen bedienen sich etwa Kissinger (1994), Mearsheimer (2001) oder auch Münkler (2005).

noch akzeptable Größe überschreiten, mit welcher die Freiheit nach innen mit der Sicherheit nach außen kombinierbar ist.

Tocquevilles Distanz zur Option eines *American Empire* ist den *Neocons* nicht verborgen geblieben. Richard Perle versuchte diesen Umstand damit zu erklären, dass Tocqueville – ganz im Gegensatz zu den Gründervätern – »America's belief in its exceptional status, its quasi-religious belief in a mission« schlicht übersehen habe, weshalb man es mit der Berufung auf ihn eben auch nicht übertreiben solle (Lévy 2006: 188). Unter den Tisch fällt damit allerdings, dass sich gerade die Vertreter des amerikanischen Exzessionalismus als Epigonen Tocquevilles gefühlt und bezeichnet haben. Haben sie sich geirrt oder irren sich stattdessen die *Neocons*?

#### *4. Politische Kultur, regime change und die Chancen für eine globale Demokratie*

Nach Tocqueville mangelt es pseudo-demokratischen Regimes, die er unter dem Begriff des »sanften Despotismus« subsumiert, weniger an freiheitlichen Institutionen als an der nötigen politischen Kultur. »Les lois d'ailleurs sont filles des habitudes«, die Gesetze sind »Kinder der Gewohnheiten« (Tocqueville 1987a: 80), weswegen eine freiheitliche Ordnung erst erreicht wird, wenn die politischen Institutionen von einem bestimmten Geist erfüllt sind (Freund 1974: 63; Boesche 1987: 182; Schleifer 2000: 286-288).<sup>29</sup> Gesetze und Verfassung sind auf die Grundlegung und Ergänzung durch Sitten und Kultur angewiesen. Um wirksam zu werden, müssen die Institutionen von den Bürgern als *habits of the heart* internalisiert werden. Die »Wichtigkeit der Sitten« bildet dabei nicht weniger als den »Abschluss aller Gedanken« Tocquevilles. Er will seine Leser »fühlen lassen«, welche Relevanz er »der praktischen Erfahrung der Amerikaner, ihren Gewohnheiten, ihren Meinungen, mit einem Wort ihren Sitten für die Erhaltung ihrer Gesetze« zuschreibt (Tocqueville 1987a: 466). Dieses kulturspezifische Verständnis geht so weit, dass er das Wahlrecht als bloßen Schein der Freiheit abtut, sofern es nicht von einer adäquaten Gesittung getragen wird. Die reale Knechtschaft vermag solche Akklamation nicht zu überwinden:

»Fast alle Fürsten, welche die Freiheit vernichtet haben, versuchten anfangs, deren Formen beizubehalten; man hat das von Augustus bis auf unsere Tage gesehen; sie schmeichelten sich, so mit dem moralischen Gewicht, das die öffentliche Zustimmung stets verleiht, die Annehmlichkeiten zu verbinden, die nur die umumschränkte Macht zu geben vermag. Fast allen misslang dieser Versuch und sie entdeckten bald, dass es unmöglich ist, jenen lügnerischen Schein lange Zeit fortdauern zu lassen, wo die Wirklichkeit nicht mehr da ist« (Tocqueville 1978: 59).

Die Bedeutung, die den *habits of the heart* bei Tocqueville erwächst, widerspricht der etwas naiven Vorstellung, mit der Durchführung freier Wahlen sei eine Demokratie bereits konsolidiert. Die Forderung nach einer funktionierenden politischen

29 An Beaumont schreibt Tocqueville im Februar 1858: »Quelle impuissance que celle des institutions, quand les idées et les mœurs ne les nourrissent point« (Tocqueville 1967: 543).

Kultur, die das Votum der Mehrheit anerkennt und die Rechte der Minderheiten akzeptiert, ließe sich insbesondere gegen die Logik der Bush-Doktrin sowie die neokonservative Theorie des *regime change* in Stellung bringen, Demokratisierungsprozesse seien ggf. mit militärischen Interventionen voranzutreiben. Eine Kultur lässt sich nicht verordnen oder erzwingen, sondern muss sich sukzessive entwickeln. Zu exportieren scheint lediglich die *despotische* Variante der Demokratie, die ein unfreiheitliches Regime mit Hilfe der Wahlakklamation des Volkes verbrämt.

Die Mixtur der Argumente Fukuyamas und Huntingtons, die Tocqueville und die *Neocons* oberflächlich betrachtet miteinander teilen,<sup>30</sup> läuft insofern auf eine gegensätzliche Pointe hinaus. Behandeln die *Neocons* die Demokratie als eine Art historisch-ideologisches Endziel, das notfalls mit militärischen Mitteln gegen den Widerstand fremder Kulturen voranzutreiben ist, sieht Tocqueville in der Demokratie nur eine Rahmenbedingung, deren zum Teil negative Konsequenzen durch das verantwortliche Handeln der Bürger zu kompensieren sind. Die gewaltsame Bekehrung anderer Länder und Nationen zur Demokratie bedeutet hier keine akzeptable Option, da eine freiheitliche Kultur nur über einen längeren Zeitraum erwachsen kann. Zu den unbequemen Implikationen der Thesen Tocqueville gehört es allerdings, dass er die Möglichkeit einer freiheitlich-demokratischen Kultur im Prinzip auf die westliche Hemisphäre beschränkt sah (Tocqueville 1987a: 13-16). Nur die christlichen Nationen mit ihrem Verständnis für die Menschenwürde, der Gleichheit der Menschen vor Gott und dem Gebot der Nächstenliebe erfüllten für ihn die Voraussetzungen für die zentralen demokratischen Werte – Freiheit, Gleichheit, Solidarität. Suggeriert die *Demokratie in Amerika* also letztlich doch ein an Fukuyama erinnerndes *Ende der Geschichte*, das sich unter den Bedingungen des *Clash of Civilizations* vollzieht? In diesem Zusammenhang müssen wir zunächst einräumen, dass Tocquevilles Glaube an die Überlegenheit der christlichen Religion gegenüber anderen Konfessionen und Kulturen das Szenario eines globalen Siegeszuges des imperialen Europa und einer daraus folgenden Demokratisierung der Welt zumindest nicht ausschließt.<sup>31</sup> Doch selbst wenn man den religiösen Hintergrund in Klammern setzt und sich seinen Thesen mit einer eher säkularen Perspektive nähert, fallen die Affinitäten auf, die Tocqueville zum globalen Demokratieprojekt besitzt, das unter dem Begriff »Modernisierungstheorie« firmiert (vgl. Drescher 1992: 429-431). Hierzu sollte man sich vergegenwärtigen, dass der französische Aristokrat den Demokratiebegriff im Grunde synonym zur modernen bürgerlichen Gesellschaft verwendet, deren Hauptmerkmale in der *Gleichheit der Bedingungen*, im Wirtschaftswachstum sowie im technischen Fortschritt liegen. Der kausale Zusammenhang zwischen dem Wohlstand einer Nation und der Etablierung der Demokratie aber zählt bekanntlich zu den Hauptthesen der

30 Zur Anschlussfähigkeit der von Huntington geforderten Rückbesinnung auf die Priorität der Kultur und die Notwendigkeit einer wertorientierten Identität des »Westens« an die Thesen Tocquevilles siehe Huntingtons Buch *Who Are We* (2004), das die *Demokratie in Amerika* an zahlreichen Stellen zitiert.

31 Zur unverändert virulenten Frage nach den christlichen Grundlagen der liberalen Demokratie siehe Hoye (1999) sowie Brocker/Stein (2006).

Modernisierungstheorie, deren Vertreter gerne auf die *Demokratie in Amerika* rekurrierten (vgl. Eisenstadt 1973; Bell 1973; Lipset 1981). Tocqueville hat dieser ökonomischen Voraussetzungen geschuldeten Friedenslogik der Demokratie jedoch stark misstraut. Ein *Ende der Geschichte*, das mit der politischen Apathie der Bürger erkaufte wird, lehnte er strikt ab. Das Interesse der Bourgeoisie an Sicherheit und stabilen Strukturen dürfe das höhere Interesse der Nation an der Freiheit nicht unterminieren. Insofern sind Tocqueville die Nachteile einer weltweiten Ausdehnung der Demokratie westlicher Prägung keineswegs entgangen.<sup>32</sup> Doch noch ein anderes Argument, das erneut das religiöse Schlüsselthema Tocquevilles reflektiert, ist in diesem Kontext von Bedeutung: Mag der Ursprung der Demokratie auch im christlichen Abendland liegen, weil das Prinzip dieser Gesellschaftsform – die Gleichheit – ein genuin christliches sei (Tocqueville 1962: 124f, 1987a: 22, 1987b: 28, 38f), so zeigt die weitere Entwicklung doch, dass auch andere Zivilisationen und Kulturen einen egalitären Charakter aufweisen können. Tocqueville war sich insbesondere darüber bewusst, wie »demokratisch« der Islam im Gegensatz zum Katholizismus oder Hinduismus ist (Tocqueville 1962: 154–162), sodass ihm eine Expansion der demokratischen Gesellschaft über die Grenzen des Christentums hinaus nicht von vornherein ausgeschlossen schien, umso mehr, als er in der – ebenso christlichen wie muslimischen – Gleichheit der Menschen vor Gott ein notwendig universalistisches und damit in gewisser Weise »missionarisches« Prinzip erkannte. Doch erneut gilt es zu betonen, dass diese Frage strikt vom Problem der mangelnden Exportfähigkeit einer freiheitlich-demokratischen Kultur durch kriegerische Unterwerfung anderer Völker zu trennen ist. Wie mehrfach erwähnt, sah Tocqueville die Demokratie als ambivalentes Phänomen an, das unter Umständen prekäre Tendenzen entfesselt. In seinen Augen war eine *freie* Demokratie ausschließlich innerhalb der christlichen Welt denkbar, deren religiösen Dogmen er eine besondere Affinität zur Selbstverantwortung attestierte. Nur die christlichen Nationen besäßen zumindest die Chance, die demokratische Gleichheit mit der Freiheit zu versöhnen, wogegen der »fatalistische« Charakter des Islam ggf. zu einer despatischen Demokratie führen müsse.

Eben hier schließt sich auch der Kreis zwischen Tocquevilles Demokratietheorie und seinen eigenen imperialistischen Attitüden, die neben geopolitischen Erwägungen

32 Entsprechend goutierte Tocqueville den europäischen Kolonialismus nicht ganz so sorglos, wie es ihm bisweilen unterstellt wurde. In einem Brief an Mill bekannte er, *beiden* tonangebenden parlamentarischen Strömungen seiner Zeit zu misstrauen: Den auf Krieg und Eroberungen fixierten Imperialisten nicht weniger als den friedliebenden Aposteln des materiellen Wohlergehens (Tocqueville 1954: 335). Beide Fraktionen repräsentierten für ihn das Janusgesicht der christlich-abendländischen Hegemonie. Diese mag dafür sorgen, dass wilde Völker wie die Indianer Nordamerikas von der historischen Bildfläche verschwinden, doch zeigt Tocqueville wie vor ihm Montaigne oder Rousseau durchaus Sympathien für die Vorurteile, Leidenschaften, Fehler und Tugenden des *homme sauvage*. Den unaufhaltsamen Fortschritt der westlichen Zivilisation sieht er mit viel Wehmut. Korruption und Untergang der ursprünglichen Kulturen Amerikas, Afrikas und Asiens scheinen ihm zwar unausweichlich; der Siegeszug des Abendlandes bleibt dennoch bis zu einem gewissen Grade ambivalent, da die moderne Demokratie Gefahr laufe, vom berechnenden Geist des Bürgertums korrumptiert zu werden.

gen (welche erneut dem *balance of power*-Modell folgen),<sup>33</sup> auch die skizzierte ethnozentrische Perspektive aufweisen. Von der Überlegenheit der christlichen gegenüber der islamischen oder hinduistischen Kultur war er dermaßen überzeugt, dass er die Eroberung Asiens und Afrikas als moralische Mission Europas verklärte. Anders als bei vielen liberalen Denkern des 19. Jahrhunderts, die einen zweifelhaften *Turn to Empire* vollzogen (vgl. Pitts 2005), sind es bei Tocqueville gerade nicht die wirtschaftlichen Interessen, die im Vordergrund stehen. Seine Behandlung der Algerien- oder Orientfrage stellt auch keineswegs einen Bruch mit seiner Demokratietheorie dar (Gervers 1995; Hidalgo 2006: 156-158).<sup>34</sup> Dies wird evident, sobald man sich das *reziproke* Verhältnis vergegenwärtigt, in dem Außen- und Innenpolitik bei Tocqueville zueinander stehen (vgl. Clinton 1993).<sup>35</sup> Die offensive Militärpolitik, mit der er nicht zuletzt gegen die friedliebende Julimonarchie opponierte, widerspricht nur oberflächlich der defensiven Position, die er nach 1848 vertritt. Die noch nicht gefestigte Zweite Republik musste sich zunächst ihrer inneren Feinde erwehren, bevor wieder an eine Expansion nach außen zu denken war. Analog erkannte Tocqueville vor 1848 in der Eroberung und Besiedlung Algeriens eine Möglichkeit, die Gefährdungen, die von der unaufhaltsamen Demokratisierung des christlichen Abendlandes ausgingen, zu kompensieren. Der von Machiavelli und Montesquieu begründeten republikanischen Tradition folgend, die den Krieg als bisweilen notwendiges Moment der Erziehung zur Freiheit begreift,<sup>36</sup> sollte das imperiale Projekt der Errichtung einer nordafrikanischen Kolonie die konformistische und erwerbsorientierte Bourgeoisie zur *classe politique* heranreifen lassen.

Tocquevilles Chauvinismus, die Ignoranz, mit der er das brutale Vorgehen der französischen Militärs gegen die algerische Zivilbevölkerung quittiert, die Brutstätte des Rassismus, als die sich der Verwüstungskrieg in Nordafrika vor der Geschichte erweist, sind gewiss neuralgische Punkte, die seinem Nimbus als hellsichtiger Analytiker der modernen Demokratie Schaden zufügen. Für unsere Debatte erscheint es jedoch vor allem wichtig, dass der eigentliche *Adressat* von Tocquevilles »pädago-

33 Als Politiker der Julimonarchie fiel Tocqueville durch seine Befürwortung der französischen Kolonialpolitik auf. Dies resultierte aus der Überzeugung, dass sich Frankreich gegen England als See- und Handelsmacht behaupten müsse (Tocqueville 1954: 334) und deshalb bei der Eroberung Asiens nicht abseits stehen dürfe. Zu einer Zeit, als viele seiner Landsleute noch den Verlust des napoleonischen Kontinentalreichs bedauerten, erkannte Tocqueville dabei in der Kontrolle Nordafrikas die Voraussetzung für die französischen Ambitionen im Nahen Osten. Die Herrschaft über Algerien sei das wichtigste außenpolitische Ziel der Gegenwart (Tocqueville 1962: 214). Tocquevilles Imperialismus avanciert in letzter Zeit verstärkt zum Gegenstand der amerikanischen Forschung (vgl. Pitts 2000; Welch 2003).

34 Früher wurde hingegen oft behauptet, dass der (Außen-)Politiker Tocqueville einschneidende Modifikationen seiner theoretischen Ideale vorgenommen habe (vgl. Gargan 1955; Hereth 1979: 97-139). Sogar ein generelles Auseinanderklaffen von Theorie und Praxis wurde bisweilen konstatiert (Geiss 1972: 21).

35 Der *neue* Liberalismus, den Tocqueville für sich reklamierte, erfährt also eine außenpolitische Fortschreibung.

36 Siehe dazu eine prägnante Stelle aus dem zweiten Band der *Demokratie in Amerika*, worin es heißt: »Krieg verleiht dem Denken eines Volkes Größe und erhebt sein Gemüt« (Tocqueville 1987b: 394).

gischen« Projekt des Imperialismus die *classe moyenne* war, deren Dekadenz mit Hilfe des Krieges bekämpft werden sollte. Eine »Bekehrung« fremder Kulturen zur Demokratie hätte hingegen seinen eigenen Prämissen widersprochen, nicht zuletzt um den hohen Preis, dass er die gewaltsame Unterdrückung der indigenen Bevölkerung in Kauf nahm. Dies erklärt auch, wie Tocquevilles Beobachtungen in der *Neuen Welt*, wo die weißen Siedler aus dem christlichen Abendland die indianische Urbevölkerung verdrängt hatten, in seine Analyse der französischen Politik in Nordafrika einfließen konnten: In Algerien vermutete er ein neues *Laboratorium* der Demokratie, in dem französische Siedler jene dezentral organisierte Selbstverwaltung lernen könnten, die er in Amerika bewundert hatte. Für die einheimischen Muslime konnte dieser Plan freilich nur Unterdrückung oder sogar die Gefahr eines Genozids nach sich ziehen. Doch so befreindlich Tocquevilles Imperialismus aus heutiger Sicht (und mit dem Abstand der Orientalismusdebatte) auch sein mag, wir dürfen nicht verkennen, dass die neokonservativen Strömungen in den USA, die die *Pax Americana* als messianischen Auftrag verklären und die Demokratie offensiv und notfalls militärisch vorantreiben wollen (vgl. Brocker 2003; Homolar-Riechmann 2003; Minkenberg 2003), eine völlig konträre Stoßrichtung verfolgen.

Tocquevilles eigener Ethnozentrismus lässt das Argument intakt, dass jedes Demokratisierungsprojekt, das die moralischen, kulturellen und religiösen Eigenheiten der Völker ignoriert, zum Scheitern verurteilt ist. Gegen Tocqueville können wir heute die Chancen, dass sich *freie* Demokratien außerhalb der christlichen Hemisphäre etablieren, optimistischer einschätzen. Mit ihm aber müssen wir die Ansicht, dies sei auf militärischem Weg zu erreichen, äußerst skeptisch beurteilen.<sup>37</sup>

## 5. Amerika und Europa

Auf der Suche nach einer neuen Weltordnung setzt die Mehrzahl der Europäer heute auf Multilateralismus und völkerrechtliche Institutionen, während die Amerikaner die Stabilität des internationalen Systems überwiegend als Frage der Macht begreifen. Die Entwürfe zu einer imperialen Ordnung, die den globalen Führungsanspruch der USA unterstreicht, wurden freilich sowohl in Europa als auch in den USA kontrovers diskutiert.<sup>38</sup> Nach dem moralischen und politischen Desaster der militärischen Intervention im Irak hat die Skepsis aber verständlicherweise zugenommen. Auf beiden Seiten des Atlantiks finden seitdem Stimmen, die das moralische Kapital der USA infolge der Politik der Bush-Administration beschädigt sehen und eine

37 Bemerkenswert scheint hier, dass Benjamin Barber, der in *Strong Democracy* (1984) Tocqueville noch wegen seines Elitismus kritisierte, sich in seinem neuen Buch *Fear's Empire* explizit auf den französischen Liberalen beruft, um einer gewaltsauslösenden Verbreitung der Demokratie eine Absage zu erteilen (Barber 2003: 172f). Dabei erwähnt er auch Tocquevilles Verdienst, mit seinem Werk *Der alte Staat und die Revolution* das Vorurteil aus der Welt geschafft zu haben, 1789 sei die Demokratie »erkämpft« worden.

38 Vgl. z. B. Spanos (2000); Bacevich (2002); Ryn (2003); Junker (2003); Ferguson (2004); R. Kaplan (2005); Joffe (2006). Für einen kritischen Überblick siehe Speck/Sznaider (2003) sowie Bacevich (2003).

Rückkehr zum Multilateralismus fordern,<sup>39</sup> verstärkt Gehör. Der neokonservative Politikwissenschaftler Robert Kagan interpretierte die im Zuge des Irakkriegs entbrannte Diskussion gleichwohl als Symptom, dass die USA und Europa heute Welten trennen. In seinem viel beachteten Buch *Of Paradise and Power* (2003) stilisierte Kagan die Europäer zu naiven Idealisten, die sich den realistischen Bedrohungssperzeptionen der USA verschließen, weshalb sie sich als unfähig erweisen, ihren Beitrag für eine neue Weltordnung zu leisten. Kämen die Amerikaner vom Mars, so seien die Europäer von der Venus,<sup>40</sup> vertraue die amerikanische Supermacht auf die Einsichten von Thomas Hobbes, berufe sich die Alte Welt lieber auf die »Friedensillusion« Immanuel Kants.

Das ethische Dilemma, das den Europäern Kopfzerbrechen bereitet und in das sich jede Supermacht verstrickt, wenn sie zu den Mitteln greift, mit denen ihre Gegner sie bekämpfen, lässt sich mit dem Verweis auf die fehligeschlagene Appeasementpolitik vor dem II. Weltkrieg tatsächlich relativieren. Mit dem gleichen Argument werfen heute viele Amerikaner den Europäern vor, die Gefahren durch »Schurkenstaaten« und den internationalen Terrorismus zu unterschätzen. Wie wir indes gesehen haben, hätte sich auch die Ikone der US-Demokratie und der *Neocons*, Alexis de Tocqueville, gegen ein *American Empire* und eine Politik des *regime change* ausgesprochen, was von den Planern des Irakkrieges, die sich ansonsten bevorzugt auf die *Demokratie in Amerika* berufen, übersehen oder zumindest nicht ausreichend kenntlich gemacht wird. Die Erhellung dieses Umstandes erscheint vor allem deswegen wichtig, weil das Wort des französischen Liberalen in den Vereinigten Staaten weit mehr Gewicht besitzt als das des (im Übrigen zu Unrecht verunglimpften) »Utopisten« Kant – und weil der Kontrast zu der Wertschätzung, die Tocqueville ansonsten durch die *Neocons* erfährt, gar zu auffällig ist. Im Sinne der Theoriebildung in den Internationalen Beziehungen aber zeichnet sich mit Tocqueville ein Bild ab, das liberale und realistische Prämissen sowie amerikanische und europäische Positionen auszutarieren vermag, stehen doch seine politiktheoretischen Einsichten weder im Verdacht, eine naive Sicht auf die Welt zu beinhalten, noch einem billigen Anti-Amerikanismus das Wort zu reden. Insofern ist Paul Berman zuzustimmen, der in seiner Replik auf Kagans Buch die angebliche Unfähigkeit der Europäer, *Macht* als zentrale Kategorie des Politischen zu erkennen und sich vom Glauben an eine internationale, auch ethischen Ansprüchen genügende Rechtsordnung zu verabschieden, mit dem Geist Tocquevilles assoziiert (Berman 2003).<sup>41</sup>

Tocquevilles Prognosefähigkeit und die Relevanz seiner Schriften für die Theorie der Internationalen Beziehungen endet also nicht mit dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes. Sein Beispiel verweist vielmehr darauf, wie unbefriedigend die monierte Trennung zwischen neokonservativer Innen- und Außenpolitik (Keller

39 Vgl. Mann (2003); Barber (2003); Johnson (2000, 2004); Chomsky (2003, 2005); Kiernan (2005).

40 Zu dieser Diskussion siehe den Sammelband von von Thadden/Escudier (2004).

41 Indes lässt sich aus den Schriften Tocquevilles jenseits des *balance of power*-Modells und der genuin liberalen Überzeugung in das *Rule of Law* keine elaborierte Theorie des Völkerrechts und des internationalen Systems ableiten. In dieser Hinsicht steht er den Konzeptionen Kants deutlich nach.

2006: 145) vor dem Hintergrund bleiben muss, dass die *Neocons* vom Einfluss der inneren Verfassung der Staaten auf ihre Außenpolitik überzeugt sind und gerade von den Demokratien die Einhaltung ihrer Werte verlangen.

Die Frage, ob Tocqueville als Autor imperialer Ausdehnung, Eroberung und Unterwerfung gleichzeitig einen demokratischen Imperialismus vorweggenommen hat (vgl. Bohlender 2005), ist mit Blick auf die Bedeutung, die er der politischen Kultur und der *balance of power* beigegeben hat, negativ zu beantworten. Der Glaube an die freiheitlichen Potenziale der Demokratie, wie er sie seinerzeit in den USA verkörpert sah, macht ihn zu keinem Anhänger eines *American Empire*, da ein solches gegen seine Vorstellung der Freiheit operieren würde.<sup>42</sup> Stattdessen lassen sich Indizien dafür finden, dass Tocqueville eine weltweite Demokratisierung, die unter dem Zeichen der Freiheit steht, von der Stabilität einer demokratischen Wertegemeinschaft abhängig gemacht hätte, die ihrerseits vom politischen Engagement der Bürger zu tragen wäre.<sup>43</sup> Ähnlich wie heute Timothy Garton Ash, der in der euro-atlantischen Allianz den Träger einer globalen Freiheitsordnung erkennt (Garton Ash 2004),<sup>44</sup> plädierte Tocqueville dafür, dass die modernen westlichen Gesellschaften – bei aller außenpolitischer und wirtschaftlicher Konkurrenz – gemeinsam den Gefahren begegnen, die aus dem Demokratisierungsprozess resultieren. Weil aber das unilateralistische Streben nach Weltherrschaft auch bei den natürlichen Partnern Misstrauen und Widerstand produziert, wäre es für den *Liberalen einer neuen Art* in jeder Hinsicht kontraproduktiv gewesen. Erinnern wir uns schließlich an die Maxime von Leo Strauss, dass sich Weltpolitik stets auf philosophische Ursprünge und Implikationen zurückführen lässt (vgl. Schmitt/Shulsky 1999) – wovon sich die *Neocons* stark beeinflusst zeigen –, dann amalgamiert die neokonservative Außenpolitik zwar so unterschiedliche Komponenten wie den Hobbeschen Sicherheitsfanatismus, die hochmoralische Attitüde Platons, die nietzscheanische Machtapologie oder das strategische Denken Machiavellis, nicht aber Tocquevilles Demokratietheorie.<sup>45</sup>

- 
- 42 Ähnlich verläuft die Argumentation bei Ledeen (2002). Einen Widerspruch zwischen der »Tocquevilleschen Selbstwahrnehmung der Amerikaner« als Vorreiter der Demokratie und der Idee des *Empire* stellt auch Golub (2002) fest.
- 43 Angesichts des sich abzeichnenden amerikanischen Bürgerkriegs äußerte Tocqueville in einem Brief an Edward Childe die Überzeugung, dass ein Scheitern des amerikanischen *self government* sehr nachteilige Auswirkungen auf den europäischen Demokratieprozess hätte. Es wäre sogar gleichbedeutend mit dem »Ende der politischen Freiheit auf der Erde« (Tocqueville 2003: 193). Dazu Brogan (1991).
- 44 Kompatibel mit Tocquevilles Position scheint überdies Joseph Nyes Konzept der *soft power* (Nye 1990, 2004), wonach die Überzeugungskraft der Demokratie auf ihrer kulturellen und politischen Attraktivität beruhe, die mit Hilfe multilateraler Institutionen abzusichern sei (Nye 2002).
- 45 Mit Blick auf den Einfluss, welcher der esoterischen Lehre von Leo Strauss insgesamt auf das neokonservative Denken zugeschrieben wird (vgl. Weinstein 2004), verstiegen sich einige Autoren zwar auf die Spekulation, die Verteidigung der Demokratie durch die *Neocons* sei lediglich nomineller Natur und kaschiere den Wunsch nach einer neokonservativen Konterrevolution gegen die moralische Dekadenz der Gegenwart (Hellenbroich 2004: 117); nach wissenschaftlichen Kriterien lässt sich dies jedoch ebenso wenig belegen wie die damit verbundene Möglichkeit, den Widerspruch zwischen der Inanspruchnahme Tocquevilles durch die neokonservative Innenpolitik und seinen außenpolitisch relevanten Thesen zu erklären (Weinstein 2004: 211f).

Tocquevilles Opposition gegen eine militärische Durchsetzung der Demokratie beinhaltet sogar eine besondere ironische Note, knüpft der Namensgeber der einschlägigen Doktrin, US-Präsident George W. Bush, sein politisches Vermächtnis doch eng an das Freiheitsverständnis der *Demokratie in Amerika*. Das Institut, das er in Texas zur Archivierung seines schriftlichen Nachlasses sowie als Erinnerungsstätte an sein Wirken im Weißen Haus gründen will, soll ganz dem Geist Tocquevilles verpflichtet sein (Gelinsky 2007: 35). Vielleicht sollte sich Bush besser nach einer anderen Referenz umsehen.

## Literatur

- Amos, S. Karin 1995: Alexis de Tocqueville and the American National Identity: The Reception of *De la Démocratie en Amérique* in the United States in the 19<sup>th</sup> Century, Frankfurt a. M.
- Aron, Raymond 1971: Hauptströmungen des soziologischen Denkens, Band I, Köln.
- Bacevich, Andrew J. 2002: American Empire: The Realities and Consequences of U.S. Diplomacy, Cambridge, MA.
- Bacevich, Andrew J. (Hrsg.) 2003: The Imperial Tense: Prospects and Problems of American Empire, Chicago, IL.
- Barber, Benjamin B. 2003: Fear's Empire: War, Terrorism, and Democracy, New York, NY.
- Barone, Michael 1995: Clinton vs. Tocqueville (U.S. News & World Report, 19.11.1995), in: [http://www.usnews.com/usnews/opinion/articles/951127/archive\\_033469.htm](http://www.usnews.com/usnews/opinion/articles/951127/archive_033469.htm); 2.10.2007.
- Beecher, Catherine E. 1842: Treatise on Domestic Economy, Boston, MA.
- Behrends, Jan C. 2006: Amerika als Imperium. Ein Überblick zur neueren Literatur, in: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/site/40208588/default.aspx>; 3.10.2007.
- Bell, Daniel 1973: The Coming of the Post-Industrial Society: A Venture in Social Forecasting, New York, NY.
- Bellah, Robert 1987: Gewohnheiten des Herzens. Individualismus und Gemeinsinn in der amerikanischen Gesellschaft, Köln.
- Bender, Peter 2003: Weltmacht USA. Das neue Rom, Stuttgart.
- Berman, Paul 2003: What Lincoln Knew About War (The New Republic, 3.3.2003), in: <http://www.tnr.com/doc.mhtml?i=20030303&s=berman030303>; 29.09.2007.
- Boesche, Roger 1987: The Strange Liberalism of Alexis de Tocqueville, Ithaca, NY.
- Bohlender, Matthias 2005: Demokratie und Imperium. Tocqueville in Amerika und Algerien, in: Berliner Journal für Soziologie 15: 4, 523-540.
- Boot, Max 2003: American Imperialism? No Need to Run Away From Label (USA Today, 6.5.2003), in: <http://www.cfr.org/publication.html?id=5934>; 30.9.2007.
- Boot, Max 2004: Myths about Neoconservatism, in: Stelzer, Irwin (Hrsg.): Neoconservatism, New York, NY, 43-52.
- Broker, Manfred 2003: Die Christliche Rechte in den USA, in: Minkenberg, Michael/Willems, Ulrich (Hrsg.): Politik und Religion, Wiesbaden, 256-278.
- Broker, Manfred/Stein, Tine (Hrsg.) 2006: Christentum und Demokratie, Darmstadt.
- Brogan, Hugh 1991: Tocqueville and the Coming of the American Civil War, in: Holden Reid, Brian/White, John (Hrsg.): American Studies: Essays in Honour of Marcus Cunliffe, New York, NY, 83-104.
- Brooks, David 1997: A Return to National Greatness: A Manifest for a Lost Creed, (The Weekly Standard, 3.3.1997), in <http://goaheadsueme.blogspot.com/2005/03/return-to-national-greatness-manifesto.html>; 1.10.2007.
- Bryce, James 1887: The Predictions of Hamilton and de Tocqueville, Baltimore, MD.

- Chomsky, Noam 2003: Hegemony or Survival: America's Quest for Global Dominance, New York, NY.
- Chomsky, Noam 2005: Imperial Ambitions: Conversations with Noam Chomsky on the Post-9/11 World, New York, NY.
- Clark, Thomas 2004: Die *Démocratie* in Amerika. Zur Wirkungsgeschichte Tocquevilles in den Vereinigten Staaten, in: Herb, Karlfriedrich/Hidalgo, Oliver (Hrsg.): Alter Staat – Neue Politik. Tocquevilles Entdeckung der modernen Demokratie, Baden-Baden, 155-175.
- Clinton, David W. 1993: Tocqueville on Democracy, Obligation, and the International System, in: Review of International Studies 19: 3, 227-243.
- Cohen, Eliot 2004: History and Hyperpower, in: Foreign Affairs 83: 4, 49-63.
- Commager, Henry Steele 1952: The American Mind: An Interpretation of American Thought and Character Since the 1880's, New Haven, CT.
- Daalder, Ivo H./Lindsay, James M. 2003: America Unbound: The Bush Revolution in Foreign Policy, Washington, DC.
- Drescher, Seymour 1964: Tocqueville and England, Cambridge, MA.
- Drescher, Seymour 1988: More than America: Comparison and Synthesis in Democracy in America, in: Eisenstadt, Abraham S. (Hrsg.): Reconsidering Tocqueville's *Democracy in America*, New Brunswick, NJ, 77-93.
- Drescher, Seymour 1992: Why Great Revolutions Will Become Rare: Tocqueville's Most Neglected Prognosis, in: Journal of Modern History 64: 3, 429-454.
- Eakin, Emily 2002: Ideas & Trends: All Roads Lead to D.C. (New York Times 31.3.2002), in: <http://query.nytimes.com/gst/fullpage.html?res=9806E7DF173AF932A05750C0A9649C8B63>; 2.10.2007.
- Ehrman, John 1995: The Rise of Neoconservatism: Intellectuals and Foreign Affairs 1945-1994, New Haven, CT.
- Epstein, Joseph 2005: What Tocqueville Can Contribute to the Discussion of the Iraq War (Wall Street Journal, 19.12.2005), in: <http://hnn.us/roundup/entries/19567.html>; 3.10.2007.
- Epstein, Joseph 2006: Alexis de Tocqueville: Democracy's Guide, New York, NY.
- Eidelberg, Paul/Morrisey, Will 2006: Tocqueville and American Foreign Policy: Its Relevance to Israel (Nativ Online 9), in: <http://www.acpr.org.il/ENGLISH-NATIV/09-issue/eidelberg-morrisey.pdf>; 1.10.2007.
- Eisenstadt, Shmuel N. 1973: Tradition, Change, and Modernity, New York, NY.
- Ferguson, Niall 2004: Empire. Das verleugnete Imperium. Chancen und Risiken amerikanischer Macht, Berlin.
- Fox, Richard Wightman/Kloppenberg, James T. 1995: A Companion to American Thought, Cambridge, MA.
- Freund, Dorrit 1974: Alexis de Tocqueville und die politische Kultur der Demokratie, Bern.
- Frum, David/Perle, Richard 2003: An End to Evil: How to Win the War on Terror, New York, NY.
- Fukuyama, Francis 1992: The End of History and the Last Man, New York, NY.
- Fukuyama, Francis 2000: The March to Equality, in: Journal of Democracy 11: 1, 11-17.
- Fukuyama, Francis 2006. After the Neocons: America at the Crossroads, London.
- Gargan, Edward T. 1955: Alexis de Tocqueville: The Critical Years 1848-1851, Washington, DC.
- Garton Ash, Timothy 2004: Freie Welt. Europa, Amerika und die Chance der Krise, München.
- Gause III, F. Gregory 2005: Can Democracy Stop Terrorism?, in: Foreign Affairs 84: 5, 62-76.
- Geiss, Immanuel 1972: Tocqueville und das Zeitalter der Revolution, München.
- Gelinsky, Katja 2007: Amboss oder Hammer. Präsident Bush will eine Gedankenschmiede hinterlassen, in: Die Zeit 16, 11.4.2007, 35.
- Gerson, Mark 1996: The Neoconservative Vision: From Cold War to Culture Wars, Lanham, MD.

- Gerson, Mark* 1999: Writing America: Kevin Kelly's Vision of Techno-Utopia (The Weekly Standard, 1.2.1999), in: <http://www.cwrl.utexas.edu/~longaker/rhe309k/preswork/kelly-reviews.doc>; 1.10.2007.
- Gervers, Susanne* 1995: Tocqueville als Politiker. Die Probleme seines neuen Liberalismus in der Praxis, Lüneburg.
- Gold, Philip* 2004: Take Back the Right: How the Neocons and the Religious Right Have Betrayed the Conservative Moment, New York, NY.
- Golub, Philip S.* 2002: Das Imperium Americanum als historisches Konzept. Die Säulen des Capitols (Le Monde diplomatique 6852, 13.9.2002), in: <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2002/09/13.mondeText.artikel,a0040.idx,13>; 3.10.2007.
- Halper, Stefan/Clarke, Jonathan* 2004: America Alone: The Neo-Conservatives and the Global Order, Cambridge, MA.
- Hartz, Louis* 1991: The Liberal Tradition in America: An Interpretation of American Thought Since the Revolution, San Diego, CA.
- Hellenbroich, Elisabeth* 2004: Die Philosophie der Neokonservativen in Cheneys Junta, in: Böttiger, Helmut (Hrsg.): Die Neocons. Wer treibt die USA in die imperiale Falle?, Wiesbaden, 115-142.
- Hereth, Michael* 1979: Alexis de Tocqueville. Die Gefährdung der Freiheit in der Demokratie, Stuttgart.
- Hidalgo, Oliver* 2006: Unbehagliche Moderne. Tocqueville und die Frage der Religion in der Politik, Frankfurt a. M.
- Homolar-Riechmann, Alexandra* 2003: Pax Americana und gewaltsame Demokratisierung. Zu den politischen Vorstellungen neokonservativer Think Tanks, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 53: 46, 33-40.
- Hoye, William J.* 1999: Demokratie und Christentum. Die christliche Verantwortung für demokratische Prinzipien, Münster.
- Huntington, Samuel P.* 1996: Der Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München.
- Huntington, Samuel P.* 2004: Who Are We? The Challenges to America's National Identity, New York, NY.
- Hutchings, Robert L.* 2004: X + 9/11: Everything I Needed to Know in Fighting Terrorism I Learned from George F. Kennan, in: Foreign Policy [2004]:143, 70-73.
- Ignatieff, Michael* 2003: Empire Lite. Die amerikanische Mission und die Grenzen der Macht, Hamburg.
- Ignatius, David* 2003: A War of Choice, and One Who Chose It (Washington Post, 2.11.2003), in: <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/articles/A49310-2003Oct31.html>; 30.9.2007.
- Ikenberry, John G.* 2002: America's Imperial Ambitions, in: Foreign Affairs 81: 5, 44-60.
- Jervis, Robert* 2003: The Compulsive Empire, in: Foreign Policy 137, 82-87.
- Joffe, Josef* 2005: Macht der Moral. Warum die Verbreitung der Demokratie die beste Realpolitik ist, in: Die Zeit 48, 24.11.2005, 10.
- Joffe, Josef* 2006: Die Hypermacht. Warum die USA die Welt beherrschen, Bonn.
- Johnson, Chalmers* 2000: Ein Imperium verfällt. Wann endet das amerikanische Jahrhundert?, München.
- Johnson, Chalmers* 2004: Der Selbstmord der amerikanischen Demokratie, München.
- Judis, John B.* 1995: Trotskyism to Anachronism: The Neoconservative Revolution, in: Foreign Affairs 74: 4, 123-129.
- Junker, Detlev* 2003: Power and Mission. Was Amerika antreibt, Freiburg i. Br.
- Kagan, Robert* 1998: The Benevolent Empire, in: Foreign Policy 111, 24-35.
- Kagan, Robert* 2003: Of Paradise and Power: America and Europe in the New World Order, New York, NY.
- Kaplan, Fred* 2005: Sheep in Wolf's Clothing: Why Paul Wolfowitz May Be a Good Choice to Run the World Bank (Slate Magazine, 16.3 2005), in: <http://www.slate.com/id/2114929;9.9.2007>.

- Kaplan, Lawrence F.* 2005: American Idle: Four Years After September 11, We're Still Bowing Alone (The New Republic, 9.11.2005), in: <http://www.tnr.com/doc.mhtml?i=20050912&s=kaplan091205>; 1.10.2007.
- Kaplan, Lawrence F./Kristol, William* 2003: The War Over Iraq: Saddam's Tyranny and America's Mission, San Francisco, CA.
- Kaplan, Robert* 2005: Imperial Grunts: The American Military on the Ground, New York, NY.
- Keller, Patrick* 2006: Francis Fukuyama, Scheitert Amerika? Supermacht am Scheideweg, in: Politische Studien 57: 409, 144-145.
- Kennedy, Paul* 1987: The Rise and the Fall of the Great Powers: Economic Change and Military Conflict from 1500-2000, New York, NY.
- Kiernan, Victor. G.* 2005: America: The New Imperialism: From White Settlement to World Hegemony, London.
- Kinzer, Stephen* 2006: Overthrow: America's Century of Regime Change From Hawaii to Iraq, New York, NY.
- Kirkpatrick, Jeane J.* 1982: Dictatorships and Double Standards, in: Wiarda, Howard J. (Hrsg.): Human Rights and U.S. Human Rights Policy: Theoretical Approaches and Some Perspectives on Latin America, Washington, DC, 5-29.
- Kissinger, Henry* 1994: Die Vernunft der Nationen. Über das Wesen der Außenpolitik, Berlin.
- Kloppenberg, James T.* 1998: The Virtues of Liberalism, New York, NY.
- Krauthammer, Charles* 1991: The Unipolar Moment, in: Foreign Affairs 70: 1, 23-33.
- Krauthammer, Charles* 2004: Democratic Realism: An American Foreign Policy for a Unipolar World, Washington, DC.
- Kristol, Irving* 1983: Reflections of a Neoconservative: Looking Back, Looking Ahead, New York, NY.
- Kristol, Irving* 1995: The Neoconservatism: The Autobiography of an Idea, New York, NY.
- Kristol, Irving* 2004: The Neoconservative Persuasion, in: Stelzer, Irwin (Hrsg.): Neoconservatism, New York, NY, 33-37.
- Kristol, William* 1991: Women's Liberation: The Relevance of Tocqueville, in: Masugi, Ken (Hrsg.): Interpreting Tocqueville's Democracy in America, Savage, MD, 480-494.
- Kristol, William* 2001: Who Reads What? Reading List of 2001 (hrsg. von Glenna Nowell), in: <http://www.gpl.lib.me.us/WRW2001.htm>; 3.10.2007.
- Kristol, William/Kagan, Robert* 1996: Toward a Neo-Reaganite Foreign Policy, in: Foreign Affairs 75: 4, 18-32.
- Kristol, William/Kagan, Robert* 2004: National Interest and Global Responsibility, in: Stelzer, Irving (Hrsg.): Neoconservatism, New York, NY, 57-77.
- Ledeen, Michael* 2001a: Tocqueville on American Character: Why Tocqueville's Brilliant Exploration of the American Spirit is as Vital and Important Today as It Was Two Hundred Years Ago, New York, NY.
- Ledeen, Michael* 2001b: Rediscovering American Character (National Review Online, 10.10.2001), in: <http://nationalreview.com/contributors/ledeenprint101001.html>; 30.9.2007.
- Ledeen, Michael* 2002: It's Not About Imperium (FrontPageMagazin.com, 21.10.2002), in: <http://frontpagemag.com/Articles/Printable.asp?ID=4044>; 1.10.2007.
- Ledeen, Michael* 2005: Manny, Moe & Rafsanjani: The Iranian Comedy Routine (The National Review, 20.10.2005), in: <http://www.nationalreview.com/ledeen/ledeen200506200854.asp>; 30.9.2007.
- Lévy, Bernard-Henri* 2005: In the Footsteps of Tocqueville (The Atlantic Monthly, Mai 2005), in: <http://www.theatlantic.com/doc/200505/levy/3>; 29.9.2007.
- Lévy, Bernard-Henri* 2006: American Vertigo: Traveling America in the Footsteps of Tocqueville, New York, NY.
- Lipset, Seymour M.* 1981: Political Man: The Social Basis of Politics, Baltimore, MD.
- Lipset, Seymour M.* 1996: American Exceptionalism: A Double-Edged Sword, New York, NY.
- Litwak, Robert S.* 2007: Regime Change: U.S. Strategy Through the Prism of 9/11, Baltimore, MD.

- Mann, Michael* 2003: Die ohnmächtige Supermacht. Warum die USA die Welt nicht regieren können, Frankfurt a. M.
- Mansfield, Harvey C./Winthrop, Delba* 2002: Introduction, in: Alexis de Tocqueville: Democracy in America, Chicago, IL, xvii-lxxxvi.
- Marshall, Joshua M.* 2003: Remaking the World: Bush and the Neoconservatives, in: Foreign Affairs 82: 6, 142-146.
- Masala, Carlo* 2004: Gütiger Imperator. Hegemonialmacht oder Imperium. Die amerikanische Empire-Debatte, in: Internationale Politik 59: 10, 63-68.
- Mastanduno, Michael* 2002: Incomplete Hegemony and Security Order in the Asia-Pacific, in: Ikenberry, John G. (Hrsg.): America Unrivalled: The Future of the Balance of Power, Ithaca, NY, 181-212.
- Mearsheimer, John J.* 2001: The Tragedy of Great Power Politics, New York, NY.
- Minkenberg, Michael* 2003: Die christliche Rechte und die amerikanische Politik von der ersten bis zur zweiten Bush-Administration, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 53: 46, 23-32.
- Moynihan, Daniel P.* 1975: The United States in Opposition, in: Commentary 59: 3, 31-44.
- Moynihan, Daniel P.* 1976: A Diplomat's Rhetoric, in: Harper's Magazine, 252: 1, 40-43.
- Moynihan, Daniel P.* 1978: A Dangerous Place, Boston, MA.
- Moynihan, Daniel P.* 1996: Speech Before the United Nations in Response to Zionism Is Racism, in: Gerson, Mark (Hrsg.): The Essential Neoconservative Reader, Reading, MA, 93-99.
- Müller, Tim B.* 2003: Partei des Zeus. Die Bande. Der Einfluss der Straussianer auf die US-Politik, in: Süddeutsche Zeitung, 5.3.2003, 16.
- Münkler, Herfried* 2005: Imperien. Die Logik der Weltherrschaft. Vom alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten, Berlin.
- Muravchik, Joshua* 1994: What Jimmy Carter Wrought, in: Rubinstein, Alwin Z. (Hrsg.): America's National Interest in a Post-Cold War World: Issues and Dilemmas, New York, NY, 73-76.
- Nixon, Richard* 1992: Seize the Moment: America's Challenge in a One-Superpower World, New York, NY.
- Nodia, Georgii Otarovich* 2000: The End of Revolution?, in: Journal of Democracy 11: 1, 164-171.
- Novak, Michael* 1996: From the Spirit of Democratic Capitalism, in: Gerson, Mark (Hrsg.): The Essential Neo-Conservative Reader, Reading, MA, 116-150.
- Nye, Joseph S.* 1990: Bound to Lead: The Changing Nature of American Power, New York, NY.
- Nye, Joseph S.* 2002: The Paradox of American Power: Why the World's Only Superpower Can't Go it Alone, Oxford.
- Nye, Joseph S.* 2004: Soft Power: The Means to Success in World Politics, New York, NY.
- Pessen, Edward* 1982: Tocqueville's Misreading of America, America's Misreading of Tocqueville, in: Tocqueville Review 4: 1, 5-22.
- Pitney, John J.* 1995: The Tocqueville Fraud (The Weekly Standard, 13.11.1995), in: <http://www.tocqueville.org/pitney.htm>; 3.10.2007.
- Pitts, Jennifer* 2000: Empire and Democracy: Tocqueville and the Algeria Question, in: Journal of Political Philosophy 8: 3, 295-318.
- Pitts, Jennifer* 2005: A Turn to Empire: The Rise of Imperial Liberalism in Britain and France, Princeton, NJ.
- Podhoretz, Norman* 2004: World War IV: How It Started, What It Means, and Why We Have to Win It, in: Commentary 118: 2, 17-54.
- Putnam, Robert D.* 2000: Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community, New York, NY.
- Rémond, René* 1962: Les États-Unis devant l'opinion française 1815-1852, Paris.
- Rhodes, Edward* 2003: The Imperial Logic of Bush's Liberal Agenda, in: Survival 45: 1, 131-154.

- Rühl, Lothar 2005: Das Reich des Guten. Machtpolitik und globale Strategie Amerikas, Stuttgart.
- Ryn, Claes 2003: The Ideology of American Empire, in: Orbis 47: 3, 383-397.
- Schleifer, James T. 2000: The Making of Tocqueville's Democracy in America, Indianapolis, IN.
- Schmitt, Gary J./Shulsky, Abram N. 1999: Leo Strauss and the World of Intelligence (by Which We Do Not Mean *Nous*), in: Deutsch, Kenneth L./Murley, John A. (Hrsg.): Leo Strauss, the Straussians, and the American Regime, New York, NY, 407-412.
- Shafer, Byron E. 1999: American Exceptionalism, in: Annual Review of Political Science 2: 1, 445-463.
- Skocpol, Theda 1997: The Tocqueville Problem: Civic Engagement in American Democracy, in: Social Science History 21: 4, 455-479.
- Smith, Rogers 1993: Beyond Tocqueville, Myrdal and Hartz: The Multiple Traditions in America, in: American Political Science Review 87: 3, 549-566.
- Snyder, Jack 2003: Imperial Temptations, in: The National Interest 71, 29-40.
- Spanos, William 2000: American Shadow: An Anatomy of Empire, Minneapolis, MN.
- Speck, Ulrich/Sznaider, Natan (Hrsg.) 2003: Empire Amerika. Perspektiven einer neuen Weltordnung, München.
- Stevens, Jacqueline 1995: Beyond Tocqueville, Please!, in: The American Political Science Review 89: 4, 987-995.
- Tocqueville, Alexis de 1954: Correspondance anglaise. Œuvres complètes, Band VI.1, Paris.
- Tocqueville, Alexis de 1962: Écrits et discours politiques. Œuvres complètes, Band III.1, Paris.
- Tocqueville, Alexis de 1967: Correspondance d'Alexis de Tocqueville et Gustave de Beaumont. Œuvres complètes, Band VIII.3, Paris.
- Tocqueville, Alexis de 1970: Correspondance d'Alexis de Tocqueville et Pierre Royer-Collard. Œuvres complètes, Band XI, Paris.
- Tocqueville, Alexis de 1978: Der alte Staat und die Revolution, München.
- Tocqueville, Alexis de 1987a: Über die Demokratie in Amerika, Band 1, Zürich.
- Tocqueville, Alexis de 1987b: Über die Demokratie in Amerika, Band 2, Zürich.
- Tocqueville, Alexis de 2003: Correspondance anglaise. Œuvres complètes, Band VI.3, Paris.
- Triepel, Heinrich 1938: Die Hegemonie. Ein Buch von führenden Staaten, Stuttgart.
- Volkert, Bernd 2006: Der amerikanische Neokonservatismus. Entstehung, Ideen, Intentionen, Berlin.
- von Thadden, Rudolf/Escudier, Alexandre (Hrsg.) 2004: Amerika und Europa. Mars und Venus? Das Bild Amerikas in Europa, Göttingen.
- Watkins, Sharon B. 2003: Alexis de Tocqueville and the Second Republic 1848-1852: A Study in Political Practice and Principles, Lanham, MD.
- Weinstein, Kenneth R. 2004: Philosophical Roots: The Role of Leo Strauss and the War in Iraq, in: Stelzer, Irwin (Hrsg.): Neoconservatism, New York, NY, 203-212.
- Welch, Cheryl B. 2001: De Tocqueville, New York, NY.
- Welch, Cheryl B. 2003: Colonial Violence and the Rhetoric of Evasion: Tocqueville on Algeria, in: Political Theory 31: 2, 235-264.
- Wolfson, Adam 2004: Conservatives and Neoconservatives, in: Stelzer, Irwin (Hrsg.): Neoconservatism, New York, NY, 213-231.
- Wolin, Sheldon S. 2001: Tocqueville Between Two Worlds: The Making of a Political and Theoretical Life, Princeton, NJ.
- Zuckert, Catherine 1983: Reagan and the Unnamed Frenchman (De Tocqueville): On the Rationale for the New (Old) Federalism, in: Review of Politics 45: 3, 421-442.